

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau¹

22. Oktober 1982

Am 21. und 22. Oktober 1982 fand in Moskau eine turnusmäßige Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

Es wurden Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, der Fortsetzung des Entspannungsprozesses und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wiederaufnahme des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, behandelt. Es fand auch ein Meinungsaustausch über einige andere aktuelle Probleme der internationalen Sicherheit statt.

1.

Die Teilnehmer der Tagung stellten mit großer Besorgnis fest, daß sich die internationale Lage infolge der Zunahme gefährlicher Aktionen imperialistischer Kreise, vor allem des amerikanischen Imperialismus, ihrer Politik der Stärke, der Drohungen und des Diktats, der Festigung und Neuaufteilung von „Einflußsphären“, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten, der Verstärkung des Wettrüstens mit dem Ziel, die internationale Stabilität zu verletzen und militärische Überlegenheit zu erlangen, weiter verschärft.

Diese Politik untergräbt die einzig reale Basis für die Regelung der angehäuften internationalen Probleme, nämlich den Weg von Verhandlungen, die auf der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der Gleichberechtigung und der legitimen Interessen aller Länder beruhen. Ernsthafte Beunruhigung wurde, auch darüber zum Ausdruck gebracht, daß in verschiedenen Regionen neue militärische Konflikte und Krisensituationen entstehen und sich die ökonomischen Probleme verschärfen, mit denen die Welt gegenwärtig konfrontiert ist. All das führt dazu, daß die Gefahren, die den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker, die Entspannung und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten bedrohen, bedeutend anwachsen, worauf in der Warschauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1980 hingewiesen wurde.

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 262-69.

Gleichzeitig stellten die Teilnehmer der Tagung fest, daß die Völker entschlossen sind, den Kampf um den Frieden, für die Beendigung des Wettrüstens, für ihre unabhängige Entwicklung und den Fortschritt, für die gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit immer breiter zu entfalten. Namens ihrer Länder erklärten sie, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen werden, um der Verschärfung der Spannungen in der Welt Einhalt zu gebieten, die Kriegsgefahr abzuwenden und Fortschritte bei der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, vor allem der nuklearen, zu erreichen.

In diesem Zusammenhang begrüßten und unterstützten die auf der Tagung vertretenen Staaten die in der Botschaft L. I. Breshnews an die 2. Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung enthaltene Verpflichtung der Sowjetunion, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Denn sie sind der Überzeugung, daß die Übernahme einer derartigen Verpflichtung durch alle Kernwaffenstaaten unter den gegenwärtigen Bedingungen außerordentlich wichtig für die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges wäre. Sie halten es für erforderlich, daß die Kernwaffenmächte, die dies bisher nicht getan haben, eine analoge Verpflichtung übernehmen.

Auf der Tagung wurde unterstrichen, daß die Interessen des Friedens und der Sicherheit von allen Staaten unbedingt erfordern, großes Verantwortungsbewußtsein und politischen Willen an den Tag zu legen, um konstruktive Vereinbarungen zu den aktuellen internationalen Fragen zu erzielen, nicht nach einseitigen Vorteilen zu trachten sowie die allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und die abgeschlossenen Verträge und Abkommen strikt einzuhalten.

2.

Bei der Erörterung der Lage in Europa konstatierten die Teilnehmer der Tagung, daß sich der Konfrontationskurs bestimmter Kräfte im Westen in einer Situation verstärkt, da auf dem Kontinent große Mengen an Truppen und Rüstungen, einschließlich Massenvernichtungswaffen und insbesondere nukleare, konzentriert sind. In diesem Zusammenhang lenkten sie die Aufmerksamkeit erneute auf die besondere Gefährlichkeit des NATO-Beschlusses über die Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa, wofür die Vorbereitungen in einer Reihe von Ländern bereits begonnen haben.

Sie sprachen sich entschieden gegen alle Handlungen aus, die darauf gerichtet sind, den Wert der abgeschlossenen Verträge und Abkommen, die die politisch-territorialen Realitäten in Europa fixieren, in Frage zu stellen, die Schlußakte von Helsinki, den europäischen politischen Dialog und die Kontakte sowie die Beziehungen auf den Gebieten des Handels und der Ökonomie, der Wissenschaft und der Technik zu unterminieren, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind und eine Entwicklung erfahren haben, sowie sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen und diskriminierende Maßnahmen gegenüber den sozialistischen Ländern an zuwenden.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten verurteilen entschieden jegliche Form der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen sowie die von den USA und einigen anderen westlichen Ländern gegen sie angewandten „Sanktionen“ und weisen die Versuche zurück, deren innere Probleme auszunutzen, um die internationale Lage zu verschärfen und die Zusammenarbeit in Europa zu erschweren. Nur Polen hat das souveräne und unveräußerliche Recht, die polnischen Angelegenheiten zu regeln. Die Tagungsteilnehmer bekräftigten im Namen ihrer Länder erneut ihre Unterstützung für das sozialistische Polen.

Die Teilnehmer der Tagung brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß das gemeinsame Interesse der europäischen Länder und Völker, der progressiven und demokratischen Parteien und Organisationen, aller realistisch denkenden Kreise an dauerhaftem Frieden und Sicherheit, an der Erhaltung und Vertiefung der Entspannung und gutnachbarlicher Zusammenarbeit über die Politik der Stärke und der Konfrontation die Oberhand gewinnt.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden dazu mit ihrer Politik, ihren Friedensinitiativen und ihren konkreten Vorschlägen auch weiterhin beitragen.

3.

Große Aufmerksamkeit wurde auf der Tagung dem Madrider Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewidmet, das seine Arbeit am 9. November 1982 wiederaufnehmen wird.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die europäischen Länder diesem Treffen — ungeachtet der ernststen Schwierigkeiten, mit denen es von Anfang an belastet ist — einen bedeutenden Platz bei der Gesundung der Lage in Europa auf dem von der Schlußakte von Helsinki bestimmten Weg einräumen und an seinem Erfolg interessiert sind. Die Teilnehmer der Tagung hoben die besondere Bedeutung hervor, die dem Madrider Treffen unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Gesundung des politischen Klimas in Europa und in der ganzen Welt zukommen sollte.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten setzen sich dafür ein, das Madrider Treffen schnellstmöglich mit einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument abzuschließen, das die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz, alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte strikt einzuhalten und zu erfüllen, erneut bekräftigen und Vereinbarungen über ihre weitere Umsetzung einschließen sollte. Besonders bedeutsam ist, auf dem Madrider Treffen einen Beschluß über die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses anzunehmen sowie das Mandat für die Konferenz zu vereinbaren. Ein derartiger Beschluß würde die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen auf diesem Gebiet fördern und wesentlich zur Entwicklung der Entspannung und zur Festigung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent beitragen.

Die Tagungsteilnehmer sprachen sich ebenfalls dafür aus, daß das Schlußdokument des Madrider Treffens Bestimmungen über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf ökonomischem und humanitärem Gebiet sowie über die Gewährleistung der Kontinuität des mit der Konferenz in Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses enthalten sollte. In diesem Zusammenhang sollte das Schlußdokument eine Vereinbarung über Ort und Zeitpunkt des nächsten Treffens der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz vorsehen. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Unterstützung für den Vorschlag der Sozialistischen Republik Rumänien, dieses Treffen in Bukarest durchzuführen.

Die Teilnehmer der Tagung sind der Auffassung, daß der von den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten am 16. Dezember 1981 unterbreitete Entwurf eines Schlußdokuments die Grundlage für einen solchen Abschluß des Treffens bietet und daß es dafür nunmehr des politischen Willens aller Teilnehmer bedarf. Sie erklären ihrerseits die Bereitschaft, die bisher nicht geregelten Fragen im Rahmen des genannten Entwurfes konstruktiv zu erörtern und zu ihrer Lösung beizutragen.

Die sozialistischen Länder setzen sich dafür ein, den Prozeß der Festigung der Sicherheit und Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa fortzusetzen. Sie treten gegen die Absichten entspannungsfeindlicher Kräfte auf, diesen Prozeß, der den ureigenen und langfristigen Interessen aller europäischen Staaten und Völker entspricht, in Mißkredit zu bringen und abzubrechen. Wie bisher werden sie konsequent dazu beitragen, daß das Madrider Treffen zu einer bedeutenden und fruchtbringenden Etappe auf diesem Wege wird. Sie erwarten, daß auch die anderen Teilnehmerstaaten des Treffens von dem Verständnis ausgehen, daß sein Erfolg objektiv für alle gleichermaßen von Bedeutung ist.

4.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten messen der Reduzierung und Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa im Interesse der Stärkung der Grundlagen des europäischen und des Weltfriedens große Bedeutung bei.

Das würde näher an jenes Ziel heranführen, das den Lebensinteressen der Staaten und Völker Europas entspricht und das die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unentwegt verfolgen — Europa vollständig von Kernwaffen, sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischen, und folglich von der Gefahr eines nuklearen Konfliktes zu befreien.

In diesem Zusammenhang erfolgte auf der Tagung ein Meinungsaustausch zum Stand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen in Europa. Es wurde die gemeinsame Auffassung hervorgehoben, daß der Erfolg dieser Verhandlungen davon abhängt, daß sie zur Ausarbeitung einer Vereinbarung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit führen, die eine radikale Reduzierung und effektive Begrenzung, der Kernwaffen in Europa auf einem möglichst niedrigen Niveau

gewährleistet. Eben eine derartige Vereinbarung strebt die Sowjetunion an.

Die Teilnehmer der Tagung hoben hervor, daß der Beschluß der Sowjetunion, keine weiteren Raketen mittlerer Reichweite, die Ziele in den Ländern Westeuropas erreichen können, zu stationieren und eine bedeutende Anzahl dieser Raketen zu reduzieren, Bedingungen schafft, die ein Vorankommen in, den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen in Europa begünstigen.

Zugleich sprachen sich die Teilnehmer der Tagung entschieden gegen alle Aktivitäten aus, die diese Verhandlungen erschweren könnten. Sie appellieren erneut an die NATO-Staaten, auf die Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa zu verzichten. Das würde auch der Verbesserung des politischen Klimas, der Festigung des Vertrauens und der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen auf dem Kontinent förderlich sein.

Es wurde zugleich bekräftigt, daß eine Lösung der Frage der nuklearen Rüstungen in Europa nicht, zu Bedingungen möglich ist, die die strategische Stabilität in Europa verletzen und der NATO einseitige militärische Vorteile zum Schaden für die Sicherheitsinteressen der sozialistischen Länder verschaffen würden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihrerseits waren niemals und sind nicht darauf aus, einseitige militärische Vorteile für sich zu, erlangen.

Unter Berücksichtigung dessen, daß die Reduzierung und Begrenzung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa für alle europäischen Völker lebenswichtig ist, verleihen die Tagungsteilnehmer der Hoffnung Ausdruck, daß alle europäischen Staaten zum Vorankommen und zum erfolgreichen Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu dieser Frage beitragen werden.

5.

Die Teilnehmer der Tagung verweisen auf die positive Bedeutung der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen. Erforderlich ist jedoch, daß diese Verhandlungen einen konstruktiven Verlauf nehmen und eine Vereinbarung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit erreicht wird. Das würde der schrittweisen Verringerung des Niveaus des strategischen Gleichgewichts, der Verminderung und letztendlich Beseitigung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe dienen. In eben, dieser Richtung wirkt die Sowjetunion in den Verhandlungen.

6.

Bei der Erörterung des Standes der Wiener Verhandlungen über gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa stellten die Teilnehmer der Tagung fest, daß sich diese Verhandlungen — ungeachtet der beharrlichen Anstrengungen der sozialistischen Länder, zu einer Vereinbarung zu gelangen — schon

über viele Jahre hinziehen und zu keinen greifbaren Fortschritten geführt haben.

Nichtsdestoweniger sind sie davon überzeugt, daß es möglich ist, in den Wiener Verhandlungen voranzukommen. Es gibt eine Grundlage, um mit der praktischen Vorbereitung eines entsprechenden Abkommens zu beginnen. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Bedeutung des Abkommensentwurfes, der von den sozialistischen Staaten, die direkte Teilnehmer der Verhandlungen sind, am 18. Februar 1982 unterbreitet wurde.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten erwarten von den westlichen Staaten eine konstruktive Haltung zu diesem Entwurf. Das würde den Weg zu einer Vereinbarung öffnen. In bezug auf den Vorschlag der westlichen Staaten vom 8. Juli 1982 haben die sozialistischen Staaten ihre kritische Position bereits im Verlaufe der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht.

Es wurde unterstrichen, daß es darauf ankommt, die Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa nicht zu erhöhen und nichts zu unternehmen, was es erschweren würde, in den Wiener Verhandlungen zu gegenseitig annehmbaren Beschlüssen zu gelangen.

7.

Auf der Tagung fand ebenfalls ein Meinungsaustausch zum gesamten Fragenkomplex der Rüstungsbegrenzung und -reduzierung im Lichte der Ergebnisse der zweiten Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung und der Erörterung dieser Fragen auf der gegenwärtig statt in den 37. Tagung der UN-Vollversammlung statt. Es wurde festgestellt, daß die überwiegende Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten, breite Kreise der Weltöffentlichkeit, die Völker der Erde für wirksame Maßnahmen zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, für die Intensivierung der Verhandlungen über die Beendigung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung, für schnellstmögliche praktische Ergebnisse bei diesen Verhandlungen, darunter im Genfer Abrüstungsausschuß, eintreten. Darauf sind die Vorschläge gerichtet, die die sozialistischen Länder zu einem breiten Spektrum von Fragen der Abrüstung, vor allem der nuklearen, unterbreitet haben.

Die Teilnehmer der Tagung halten es für erforderlich, dabei die Frage eines vollständigen und allgemeinen Verbots der Kernwaffenversuche besonders hervorzuheben, zumal sie ihre Bedeutung für die Beendigung des nuklearen Wettrüstens sowie die Tatsache in Rechnung stellen, daß die Verhandlungen dazu kurz vor dem Abschluß standen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten setzen sich entschieden für die unverzügliche Wiederaufnahme der durch die Regierung der USA unterbrochenen Verhandlungen ein und rufen alle interessierten Seiten eindringlich auf, mit gutem Willen und politischem Verantwortungsbewußtsein zum schnellstmöglichen Abschluß eines entsprechenden Vertrages zu gelangen.

Die Tagungsteilnehmer bekräftigten gleichfalls die Bedeutung, die ihre Staaten der

Schaffung atomwaffenfreier Zonen, Zonen des Friedens, und der Zusammenarbeit in verschiedenen Regionen der Welt, darunter in Europa, so in Nordeuropa und auf dem Balkan, beimessen.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB, UVR, DDR, VRP, SRR, UdSSR und CSSR führten einen Meinungsaustausch zu anderen aktuellen internationalen Fragen, vor allem in bezug auf Regionen, in denen militärische Konflikte und gefährliche Spannungen andauern.

In diesem Zusammenhang brachten sie die besondere Besorgnis ihrer Länder über die Lage im Nahen Osten zum Ausdruck. Die auf der Tagung vertretenen Staaten verurteilen auf das schärfste den Überfall Israels auf Libanon, die israelische Aggression gegen das palästinensische und das libanesisches Volk sowie die barbarische Vernichtung der Zivilbevölkerung in Westbeirut. Sie stellen fest, daß Israel dabei durch die Hilfe und Unterstützung ermuntert wurde, die ihm von außen gewährt wird. Sie bekäftigten, daß ihre Staaten für den unverzüglichen und vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon, für die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Integrität Libanons eintreten.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind überzeugt, daß eine dauerhafte, gerechte und umfassende Friedensregelung im Nahen Osten den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen von allen seit 1967 okkupierten arabischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf Bildung eines eigenen unabhängigen Staates, die Gewährleistung des Rechtes aller Staaten dieser Region auf eine gesicherte und unabhängige Existenz, die Beendigung des Kriegszustandes und Herstellung des Friedens zwischen den arabischen Staaten und Israel sowie die Ausarbeitung und Annahme internationaler Garantien für eine solche Regelung erfordert. Sie treten zu diesem Zweck für die unverzügliche Einberufung einer internationalen Konferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation als einzig legitimen Vertreters des arabischen palästinensischen Volkes, ein. Die Organisation der Vereinten Nationen ist berufen, in dieser Angelegenheit eine nützliche und wichtige Rolle zu spielen.

Die Minister unterstrichen die feste Überzeugung ihrer Länder, daß es keine Rechtfertigung für Versuche geben kann, strittige Fragen zwischen Staaten — mögen sie auch noch so kompliziert sein — durch Anwendung oder Androhung von Gewalt zu lösen. Alle internationalen Streitfragen müssen ausschließlich mit politischen Mitteln, durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Normen des Völkerrechts, gelöst werden.

9.

In dem Bemühen, zu einer Minderung der internationalen Spannungen insgesamt beizutragen, und unter Berücksichtigung ihrer prinzipiellen Auffassung hinsichtlich der,

gleichzeitigen Auflösung der beiden militärisch-politischen Bündnisse, der NATO und des Warschauer Vertrages, sprechen sich die auf der Tagung vertretenen Staaten dafür aus, daß beide Bündnisse ihren Aktionsbereich nicht auf neue Regionen — Asien, Afrika und Lateinamerika — ausweiten.

Auf der Tagung wurde bekräftigt, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages nicht die Absicht hegen, den Aktionsbereich ihres Bündnisses zu erweitern, und sie erwarten eine analoge Haltung von den Mitgliedstaaten der NATO.

10.

Das Wichtigste, was die Tagung, des Komitees der Außenminister kennzeichnete, war die gemeinsame Entschlossenheit ihrer Staaten, die Politik des Friedens, der Entspannung und der internationalen Sicherheit konsequent fortzusetzen. Diese Politik ist auf die Beseitigung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten, die Entwicklung des konstruktiven Dialogs, gegenseitig vorteilhafter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie wissenschaftlich-technischer und anderer friedlicher Beziehungen gerichtet. Das entspricht den Erwartungen aller Völker.

Die Tagung verlief in einer Atmosphäre kameradschaftlichen gegenseitigen Verständnisses und enger Zusammenarbeit.

Die nächste Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet turnusgemäß in Prag statt. Der genaue Zeitpunkt wird im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]